

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition: Neue Braunstraße 8 und durch Ausdräger an folgende Adressen zu beziehen:
Preis pro Woche 10 Pf.
Monat 1.25 RM.
3 Monate 3.75
6 Monate 7.50
Durch die Post bezogen 1.17
frei ins Haus 1.17
wo keine Post am Orte 1.25

# Volkswacht

für Schlessen und „Begnitzer Volkszeitung“.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Einzelnenpreis beträgt 10 Pf. für die einwöchige Probezeit, aber wenn man für Wochen und Monate abbestellt, ist der Preis halber.
Doppelhefte uml. Wert 1.25 RM.
Arbeitsamt, Wohnung, Beratung, Veranlagung, Angelegenheiten, Familien-Nachrichten u. dgl.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher:
Geschäftshaus Nr. 1208.
Postfach-Rotho Dresden Nr. 8882.

Fernsprecher:
Redaktion Nr. 514.
Postfach-Rotho Dresden Nr. 8882.

Nr. 112.

Breslau, Mittwoch, den 15. Mai 1918.

29. Jahrgang.

# Dreiklassen-Bankrott.

## Sie triumphieren!

Das gleiche Recht in einem freien Vaterlande hatte der König den Preußen versprochen!

Das gleiche Recht in einem freien Vaterlande heischte das Volk nach seinen Opfern und seinen endlosen Lasten!

Haus der Junker und Kriegsgewinner hat gestern das gleiche Wahlrecht mit 238 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Es hat mit noch größerer Stimmenzahl jede andere Reform des Stimmrechts verworfen.

Was scheuen sich die Herren um die Rechte des Volkes, wenn ihre eigene Macht in Frage kommt?

Was lehren sich die an ein Königswort, wenn ihre eigene Herrschaft beschnitten werden soll?

Sie fühlen sich als die Herren Preußen, nach ihrem Willen muß das Land regiert werden, das Volk gehört in die dritte Klasse.

Freie Bahn dem Tüchtigen? Ach was? Freie Bahn dem, der das meiste Geld hat!

Was veranlaßt die Erstklassigen zu solchem Uebermut?

Die ach so hochwürdigen Massen-brohen sozialdemokratische Abgeordnete zu wählen, wenn ihnen das gleiche Recht eingeräumt wird. Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten würde steigen und das könnte den Kriegsgewinnern in Stadt und Land aus Vortennonne gehen.

Mit Vortennonne wollen sie aber den Reijoblen nicht zur Verfügung stellen, wie die opferwilligen christlichen Herrschaften selbst versichert haben.

Deshalb schreiben sie dem Volke vor, ob es zu wählen, wie viel es zu wählen und wen es zu wählen hat.

Sie lehnten jede Reform ab, das heißt: das Dreiklassenrecht besteht weiter.

Wer Kriegswucher treibt und nicht erlappt wird, der gehört in die erste Klasse, denn er hat viel Geld.

Wer Kriegsgewinne zusammenharrt, durch Säckenähen (der anderen) oder Daimler-Motoren, der gehört in die erste Klasse!

Wer daheim Hab und Gut verlor, während er draußen das Land verteidigte, der gehört in die dritte Klasse, denn nach den Steuern, die er zahlt, richtet sich sein Recht!

Die Regierung hat erklärt, daß sie an gleichen Wahlrecht festhält und das Abgeordnetenhaus auflösen wird — aber wann? Aber wann?

Werden Junker und Konjorten dem Volke mehr geben, wenn die Kriegsnot gewichen ist, wenn das Volk den Becher des Leides bis zur Neige geleert hat?

Lorheit, das zu glauben.

Es fehlte die kräftige Hand, die die Sippe zum Tempel hinaustrieb, um das Volk zu befragen oder durch den Reichstag beschließen zu lassen, was die mittelalterliche Junkerkammer verweigerte.

So blieb der Schlag ungehört, den dreißig Hebermut gegen die Volksmassen geführt hat und die Wirkung dieser nackten Laifachen auf das Volk wird nicht ausbleiben, auch wenn es uns nicht möglich ist, in dieser Stunde sie scharfer zu kennzeichnen.

Es kommt ein Tag, an dem das Volk seine Antwort gibt! Unzweifelhaft und fest.

Preußens Volk wird nicht vergessen, daß man ihm mitten im Kriege das gleiche Recht verweigerte.

Es wird sich dieses Recht holen —

## Presstimmen zur Ablehnung.

Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht, daß die überaus schwächliche Haltung der Regierung die Mitschuld daran trage, daß das dem preussischen Volke versprochene gleiche Wahlrecht noch nicht durchgesetzt worden ist. Das Volk steht einseitig vor der Tatsache, ob ein solches Ergebnis mit der Kriegslage verträglich ist, das bleibe dem pflichtgemäßen Ermessen der Staatsregierung überlassen.

Die „Morgenpost“ sagt: Das neue Wahlrecht marschiert und es wird zum Ziele gelangen. Die „Börsezeitung“ schreibt von einem Pyrrhus-Sieg der Gegner des gleichen Wahlrechts; die „Volkswacht“ von der Tragödie des gleichen Wahlrechts.

Der „Börse-Kurier“ sagt: Es ist schwer, dem offiziellen Optimismus zu folgen. Wo er Licht sieht, sieht die Mehrheit der am gleichen Wahlrecht tief Interessierten nur Dunkel.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wir haben vor der Erfahrung in parlamentarischen Kämpfen alle mögliche Hochachtung, denken aber an das Wort Lassalle, daß es vergebens ist, in großen Dingen zu sein. Kommt es noch zur Auflösung, wir sind bereit. Kommt es zu einem Kompromiß, wir bleiben erst recht bereit. So oder so, es wird uns nichts geschehen.

Die „Vossische Zeitung“ sagt: Die wohl-abgewogene Erklärung Dr. Friedbergs stellt das dar, was zweckmäßig Weise in diesem Augenblick geschehen könnte. Er vertritt nicht etwa auf lange Frist, sondern erörtert einen Aktionsplan, von dem man erwarten kann, daß er immer wieder erklärt haben, daß sie mit dem gleichen Wahlrecht stehen und fallen.

## Kaiserrede.

Berlin, 15. Mai. Kaiser Wilhelm ist dieser Tage durch Nachen gekommen und hat unter anderem auch die gerade tagende Stadtverordnetenversammlung besucht, an die er eine Ansprache in folgenden Sätzen hielt:

Von der Westfront kommend, freut es mich, die Herren hier begrüßen zu können. Im Westen habe ich das halb verwestete Frankreich besichtigt. Da gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Grausigen, von dem unser Vaterland verschont geblieben ist. Der kleinmütige werden sollte, der möge einmal einige Tage an die Front gehen und sich die Verwüstungen ansehen, dann wird er nicht mehr Klagen und mit seinem Los zufrieden sein. Dann wird er die Mühseligkeiten, Entbehrungen und Schrecken des Krieges mit Geduld tragen. Wenn die Herren sich hier in sicherer Ruhe zur Friedensarbeit zusammenfinden können, so verbanden sie das unserm unergleichlichen Heere. Die Dienstfrage geht gut vorwärts. 600.000 Engländer sind bereits außer Gefecht gesetzt, 1600 Geschütze erbeutet. Die Franzosen müssen überall einspringen. Hart werden die Gegner mitgenommen, sie haben es auch nicht besser verdient. Die Sache im Westen wird gemacht, aber wir müssen Geduld haben. Millionenheere können nicht an einem Tage erledigt werden. Wir werden unser Ziel erreichen. Schwere Arbeit ist zu leisten, aber dafür haben wir ja auch tüchtige Schmiebe. Den Osten haben wir geöffnet. In der Ukraine geht es auch vorwärts. Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelzüge in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelversorgung gesichert. In Serbien haben wir eine starke, reich beladene Handelsschiffe erbeutet. Dort werden wir auch den Verkehr auf dem Schwarzen Meer wieder ermöglichen. Also es steht gut. Ich freue mich über das nationale Verhalten hier an der Reiches Grenze. Die Stimmung der Truppen ist vorzüglich.

Schade, daß der Kaiser nicht auch auf die Behandlung der Wahlreform im preussischen Abgeordnetenhaus eingegangen ist und seine Botschaft in Erinnerung gebracht hat.

## Die „Friedensoffensive“.

Rotterdam, 14. Mai. Wie dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ aus London gemeldet wird, legte Valfour in Beantwortung einer Anfrage von Lord Balfour die volle Verantwortung für die Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive. Gleichzeitig sollte Valfour in Abrede, daß Lord Cecil Mitteilung über die Anwesenheit eines geheimen deutschen Abgesandten in Genf: einer angesehenen neutralen Person in England gemacht habe. Balfour habe die Erklärung Lord Cecil offenbart, so verstanden, daß deutsche Friedensangebote, welche es nicht sind, nicht angenommen werden dürfen.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

Die „Friedensoffensive“ ist eine neue Propaganda, die die deutsche Regierung durch die Veröffentlichung der Erklärung Lord Robert Cecil über das Vorstellen einer deutschen Friedensoffensive in die Welt gesetzt hat.

## Die Kriegsabgabe vom Einkommen.

In einer Wählerversammlung in Pöschau jagte Genosse Scheidemann, der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen besteht darin, daß die Unabhängigen über Grundsätze Reden halten, während die Sozialdemokraten bestreben, diese Grundsätze durchzusetzen. Ein neues Beispiel für die Wichtigkeit dieser allgemeinen Beobachtung bilden die Vorgänge, die sich zurzeit im Hauptausschuß des Reichstags abspielen, der jetzt als Hauptsteuerausschuß arbeitet.

Als Graf Koeborn sein zehnfaches Steuerbündel mit großem Getöse auf den Tisch warf, war die Kritik im allgemeinen, besonders aber auf der Linken, sehr scharf. Ihr kurzer Inhalt war der, daß die Dreimilliarden-Steuerentwürfe in der Hauptsache Verzehr und Verkehr und damit die verbrauchenden, beschloßenen Schichten belasteten, während die Besitzenden, die Reichen und die im Kriege noch reicher gewordenen ziemlich ungerührt davonkämen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb sofort den Klassenkampf auch auf diesen Gebiete aufgenommen. Sie ist zu diesem Zweck mit den bürgerlichen Parteien gegangen, was oberflächlichen Betrachtern ein arger Widerspruch zu sein scheint, aber doch feiner ist.

Der neue Antrag auf Einführung eines Wehrbeitrages auf Einkommen und Vermögen trägt neben den Unterschriften der Sozialdemokraten auch die von Zentrumsmitgliedern, Fortschrittler, ja sogar Nationalliberalen. Niemand wird behaupten, daß diese Parteien ihrer Klassennatur nach auf die Besteuerung des Besitzes besonders erpicht sein müßten, aber als Gewählte des allgemeinen Wahlrechts können sie dem moralischen Druck, der von unten kommt, nicht mehr oder doch nicht in dem Maße widerstehen, wie manche von ihnen wollten. So ist der Antrag der Mehrheitsparteien zustande gekommen, der von allen Einkommen über 20000 Mark eine ziemlich ergiebige Kriegsabgabe erheben will.

Diese Kriegsabgabe soll an die Stelle der bisherigen Kriegssteuer treten, von der Herr Müller-Fulda mit Recht gesagt hat, daß sie unvollkommen ist. Wir können das ruhig zugeben, obgleich die Väter dieser Steuer nicht weitab von der sozialdemokratischen Presse zu suchen ist. (Dem Genossen Stamper gebührt das Verdienst, die Frage in Fluß gebracht zu haben.) Schon im Herbst 1914 hatte in der sozialdemokratischen Presse eine sehr lebhafte Propaganda eingesetzt für die Heranziehung der im Kriege gemachten privaten Gewinne zu den Kriegsausgaben des Reichs. Ein Anknüpfungspunkt ergab sich in dem damals schon bestehenden Gesetz über die Besteuerung des Vermögenszuwachses zum Nutzen des Reichs. Die Höhe dieser Zuwachsteuer waren aber so niedrig, daß ihre Aufrechterhaltung während des Kriegs geradezu als eine Unmöglichkeit erschien.

Der im Kriege daherkommend aus dem Mut seiner Volksgenossen Millionen machte, der konnte nicht mehr nur mit Tausendbehalten seines Vermögenszuwachses befreit werden. So entstand durch Erhöhung der Zuwachsteuer eine neue Einkommensteuer, die trotz ihrer zugegebenen Unvollkommenheit bisher 5,2 Milliarden, mehr also als die Kriegsentwöhnung von 1870/71 betragen hat.

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

In die Stelle dieser Einkommensteuer...

treten, die umso höher wird, je höher das Einkommen des Steuerzahlers während des Krieges im Verhältnis zum Friedens-einkommen gesteigert worden ist. Damit wird ein Fehler der Kriegssteuer gebessert. Die Kriegssteuer versteuert nämlich nicht schlechtweg das Verdiente, sondern nur das zurückgelegte, zum Vermögen zu machs gewordene Geld, das verdiente aber sofort wieder mit vollen Händen hinausgeworfene Geld läßt sie unbesteuert. Zudem die Kriegsabgabe vom Einkommen alle größeren Einkommen und alle einmal gemachten Kriegsgewinne erfaßt, gleichgültig ob sie zurückgelegt oder wieder ausgegeben worden sind, verspricht sie ein noch viel höheres Ergebnis als die bisherige Kriegssteuer.

Daneben arbeitet die sozialdemokratische Fraktion sehr energisch an einem Aufbau der bei uns stets in den Anfängen stehengebliebenen Erbschaftsbesteuerung. Hier stehen die bürgerlichen Parteien noch vor der Probe, ob sie die gerechten Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützen oder ihnen entgegentreten wollen. Das letztere würde ihnen schwerlich gut bekommen.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie für eine ausgiebige Besteuerung des Besitzes nicht etwa arbeitet aus „Neid der beschloßenen Klassen“ oder aus Schadenfreude darüber, daß andere zahlen sollen. Der letzten Endes angelegte Zweck ist ein sozialer: dadurch, daß ein möglichst großer Teil des Steuerfolls aus Besitzsteuern aufgebracht wird, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die breiten Massen zu schonen, Verbrauch und Verkehr vor harter Belastung zu schützen.

Natürlich kann heute niemand voraus-lagen, wie groß der Erfolg sein wird, den die Sozialdemokratie auf diesem Wege zu erreichen imstande ist. Trotzdem werden Einkommens mit der angewandten Methode einver-landen sein. Grundsätzliche Reden halten kann man ja immer noch, auf den Versuch, von den Grundsätzen soviel durchzusetzen, wie nur irgend möglich ist, braucht man deswegen nicht zu verzichten. Die schönste Kritik an unserem Steuerhystem kostet den besitzenden Klassen an sich noch keinen roten Heller. Wir aber wollen sie möglichst viel zahlen lassen, damit die andern entlastet werden und sie selbst den Krieg auch noch von einer anderen Seite kennen lernen als von der Gewinnseite.

Berlin, 14. Mai. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm in seiner Abend-sitzung vom Dienstag den Bericht des Abg. Groeber (Bayer.) über die nachmittags vertraulich ge-führte Besprechung der Abgeordneten mit den einzelstaatlichen Finanzministern und dem Staatssekretär des Reichsschatzamt entgegen. Von der Regierung sind gegen die Vorschläge auf Besteuerung des einfachen Einkommens und gegen eine Reichsteuer auf Vermögen (Schwerm-beden) geäußert. Dagegen war die Ab-gehung einer Besteuerung des Mehr-einkommens geneigt. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt verteidigte die Auffassung, daß die Besteuerung des Einkommens (Kriegs-gewinn) eine Milliarde mehr für das Reich einbringen werden kann, was eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...

Die Einkommensteuer...



Die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes, darunter ein Zentrumsantrag, wonach Verfassungsänderungen einer Zweidrittel-Mehrheit bedürfen. Darauf werden die drei Verfassungsgesetze in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen die fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten, Polen und Dänen sowie einige Nationalliberale und Freikonfessionelle.

### Deutscher Reichstag.

Dienstag, den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr.  
Am Bundesratssitz: v. Krause.

#### Auftrag.

Abg. Gebhart (kons.) beklagt sich über die Zwangsmaßnahmen gegen Landwirte zur Lieferung von Schmiererzeugnissen; es sei sogar Soldaten der Urlaub verweigert worden, wenn ihre Angehörigen nicht genügend Eier abgeliefert hätten. Die getroffenen Zwangsmaßnahmen entbehren der gesetzlichen Unterlage.

Unterstaatssekretär Dr. Müller: Zwangsmaßnahmen zur Erfüllung der Eier sind zulässig und rechtmäßig. Eine Zwangslieferung von Eiern vorzuschreiben, ist nach den gemachten Erfahrungen notwendig. Von einer Urlaubsverweigerung aus dem genannten Grunde ist weder dem Reichstagler noch dem Kriegspolitiker etwas bekannt.

Abg. Bitt (natl.) fragt, ob Sorge getragen ist, daß die deutschen Städte möglichst frühzeitig und reichlich mit Hausbrautkohle für den kommenden Winter versehen werden.

Ein Reiterungskommissar: Es ist Sorge getroffen, daß die Kohlen möglichst frühzeitig geliefert werden.

Abg. Dr. Felzer (Zentr.) wünscht, daß die Militärverwaltung erst nach dem Ende der Wehrzeit abgenommen werden und daß die Militärverwaltung für Ersatz Sorge.

Hauptmann v. Kraft: Kupferne Militärgegenstände erst abgenommen zu werden, wenn das eiserne Geschossmaterial vollständig zur Stelle ist. Die Auswechslung kann ohne Mißgeschick erfolgen.

Hierauf wird die Beratung des Staats der Reichsjustizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) begründet eine Resolution, die einen Gesetzentwurf fordert, durch den eine soziale Organisation der deutschen Rechtsanwaltschaft geschaffen wird.

Abg. Behrend (D. F.) wünscht die Möglichkeit, kurzfristige Freiheitsstrafen in Gefängnisse umzuwandeln und wendet sich gegen die vielen Strafandrohungen in den Kriegsverordnungen. Man sollte sich mehr mit Warnungen begnügen.

Abg. Herzfeld (U. Soz.): In Bezug auf die steigende Kriminalität der Jugendlichen darf man nicht vom Strafrichter Besserung erwarten; wir brauchen ein neues Jugendrecht, in dem nicht der Strafrichter, sondern die Familie, der Lehrer, der Vormundschaftsrichter eine Rolle spielt. Vor allem muß man, um der Kriminalität zu begegnen, den Kampf gegen den Krieg führen, der alle Kulturgüter und alle Sittlichkeit zerstört. (Beifall b. d. U. Soz.)

Unter dem gesetzlichen Belagerungszustand werden die Befreiungen der unabhängigen Sozialdemokratie zu landesverräterischen gestempelt, diese Befreiungen, die getragen sind von der glühendsten Vaterlandsliebe, von der Liebe zum Vaterland der großen Massen, von der Liebe zu allen Kulturkreisen. (Beifall b. d. U. Soz.) Die unabhängige Sozialdemokratie wird außerhalb des Rechts stehend erklärt, das beweist das Vorgehen gegen Frau Juch. Das Reichsgericht bricht Recht nach diesem Recht des früheren Reichstagslers Michaels. So hat es auch die Mitglieder des Jugendbildungsvereins Dresden wegen Landesverrats.

zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Durch diese Art der Klassenjustiz tut das Reichsgericht alles, um die Macht der Militärdiktatur zu stärken. (Beifall b. d. U. Soz.) — Stürmische Unterbrechungen und Pfuiwut! Abg. b. d. Mehrheit, der Reichspräsident Dr. Paasche ruft den Abg. Herzfeld zur Ordnung.) Staatssekretär v. Krause: Aufst. entschuldigen Sie mich, wenn ich diese Art der Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts zurück. (Beifall b. d. Mehrheit.) Das Reichsgericht hat noch nie Anlaß dazu gegeben, daß man ihm nachsagt, daß es gegen seine Auffassung von Recht entschieden hat. Daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht jenseits des Rechts stehen, beweist gerade der Fall Juch, denn in diesem Fall hat das Reichsgericht entschieden, daß die ermittelten Tatsachen nicht ausreichen, um eine Verfolgung zu rechtfertigen und hat die Frau außer Verfolgung gesetzt.

Abg. Landsberg (Soz.):

An den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs freute mich seine Absage gegen bürokratische Eingriffe. Damit vertritt sich aber nicht, daß z. B. die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen unseren Parteifreund Wendel Anklage im öffentlichen Interesse wegen Beleidigung eines Oesterreichers erhoben hat, dessen Buch über Serbien Wendel in einer österreichischen Zeitung besprochen hat. Die Verantwortung, daß Wendel, der mehr als den Höchsten zahl, grundsätzlich kritikfrei sein soll, begründen wir mit Genehmigung. Es wäre auch ein Stand, wenn z. B. der Kaiserliche Oberbergräte in der Reichsstadt, daß er die unzureichende Erfassung der Lebensmittel seitens der Behörden durch höhere Preise ausgleichen sollte, bestraft würde. Unter dem Reichsgericht wegen Spionage Verurteilten sind viele, die

der Sache der Menschheit zu dienen glauben. So hätte der Frieden von West-Litow und von Bukarest wohl zu einer Amnestie in weitem Umfang Veranlassung geben sollen. Die Kriegsprofiteure

hätten sich eben verschrieben; den einen veranlaßt sie zur Aufstellung in a. l. o. s. e. r. K. r. e. g. s. t. r. i. e. n. e. n., den andern zum Bestimmen von Schaufenstern, und das letztere ist noch immer sympathischer als das erstere, denn die, die die Schaufenster zertrümmern, tragen doch ihre eigene Haut zu Markte, die andern aber nicht. (Lebhafte Beifall.) Auch bei den wegen Landesverrats von den außerordentlichen Kriegsgerichten Verurteilten wäre eine Amnestie am Platze. Der Staatssekretär sollte das Beispiel der jungen russischen Republik vom 1. Mai nachahmen. Die Stimmung der Bevölkerung, die nach vier Kriegsjahren eine Aufhebung sehr wohl verdrägt, würde dadurch erheblich verbessert werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (U. Soz.):

Die Richter können sich den durch ihre Abstammung und ihre Klassenzugehörigkeit bedingten Willkür und Befreiungen nicht enthalten, darin liegt der Grund der Klassenjustiz, die nicht etwa eine beruhte Rechtsbeugung ist. Vor hundert Jahren sandte man Turner, die für ein deutsches Vaterland schwärmten, auf die Festung, heute schießt man Leute für die Vorbereitung von Flugblättern, die sich mit den Mitteln zur Herbeiführung des Friedens beschäftigen, ins Zuchthaus. Die Strafe ist eine andere geworden, aber geblieben ist die Willkür und Eingeburtheit der Klassenrichter und die Verfolgungssucht des Staates. Weil eine Arbeiterin gegen das Gebäude der A. G. S. die Hand erhoben hatte, wurde sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Gerichte suchen eben jede kriegsgegenwärtige Tendenz mit allen staatlichen Mitteln zu unterdrücken. Eine Frau, die für ihr krankes Kind Medizin aus der Apotheke holen wollte und deren Mann im Felde steht, geriet dabei in einen Menschenhaufen; ein Schuttmann sah, wie sie sich an einem Straßenschilder niederlegte. Sie erklärt das damit, daß ihr der Hut vom Kopfe gefallen war, und der Schuttmann gab zu, daß bei der Verhaftung keinen Hut hatte. Das Gericht aber erklärte sie durch das Zeugnis des Schuttmanns für überführt, sich an dem Versuch, den Straßenschilder umzuwerfen, beteiligt zu haben, und verurteilte sie zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

(Lebhafte Pfuiwut und Hört, hört! b. d. U. Soz.) Jugendliche Personen sind selbst nach der Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte noch Wochen lang in Haft gehalten worden, ohne dem Richter vorgeführt zu werden. Das zeigt die Verlobberung aller Rechtsbegriffe, die bei den Behörden eingerissen ist. In den besetzten Gebieten sind Zuchthausstrafen nach russischem Recht erkannt für Verbrechen, die bei uns nicht mit Zuchthaus bestraft werden; die Strafen werden aber in unseren Zuchthäusern vollstreckt. In Groß-Strelitz sitzen auch

über 7 der höchsten Richter von Belgien.

Den Hut ab vor diesen belgischen Richtern, die unter den Augen und Klauen der okkupierenden Macht den Mannesmut befehlen, um Recht Recht bleiben zu lassen. Die Verlobberung des Rechtsgefühls zeigt sich ja auch in der Politik. Man redet der Welt vor, wir hätten Frieden mit Rußland geschlossen, und besetzt sein Gebiet, um die Grenze zu räumen. (Gr. Unruhe.) Reichspräsident Paasche: Ich bitte, dies Thema nicht weiter zu verfolgen.) Ich wünsche unserem Lande soviel unruhe und ungescheite Wämmer, wie in Groß-Strelitz aus Belgien und auch aus Deutschland sthen, dann werden wir aus dem Krieg in den Frieden, aus der Lüge zur Wahrheit kommen. (Unterbrechung und Zurufe.) Ferner erinnere ich den Staatssekretär an den Fall des Matrosen Reichowitsch, der am 30. August 1917 zum Tode verurteilt war und an seine Eltern einen rührenden Brief schrieb mit der Bitte, die Gnade des Kaisers anzusprechen. Die Kommandos- oder Gerichtsbehörde — für einen Soldaten ist beides dasselbe — hat den Brief nicht besorgt, aber die Eltern erfuhr erst nach der Vollstreckung des Todesurteils von der Sache. (Lebh. Pfuiwut!) Zur Beförderung des Briefes war das Reichsmarineamt ja nicht verpflichtet. Ich habe auch nie bezweifelt, daß bei dieser, wie bei jeder anderen Scheuchlichkeit die Papiere in Ordnung sind. Wir finden bei jeder Abweichung von der Ehrlieh anständiger Leute eine Verfügung, wonach alles in Ordnung ist. (Unruhe und Zurufe.) Will aber der Herr Staatssekretär nicht anordnen, daß in Zukunft bei Todesurteilen die Angehörigen Mitteilung erhalten? Reichspräsident Paasche: Sie wissen ganz genau, daß das nicht zur Zuständigkeit des Reichsjustizamts gehört; ich bitte auch nicht weiter von Klassenjustiz zu sprechen.) Ich spreche hier zum Reichsjustizamt.

Reichspräsident Dr. Paasche: Darüber entscheide ich, und ich bitte Sie, jetzt zum Titel Staatssekretär des Reichsjustizamts zurückzuführen. (Abg. Cohn versucht in derselben Weise weiterzusprechen. Reichspräsident Paasche unterbricht und schwingt andauernd die Glocke. Zurufe bei den U. Sozialdemokraten: Das lassen wir uns nicht gefallen.) Reichspräsident Dr. Paasche: Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht dulden kann, daß Sie von Klassenjustiz sprechen. (Lauter Unterbrechungen bei den U. Soz., Glocke des Präsidenten.) Sie haben zu schweigen, wenn die Glocke läutet. Ich rufe Sie erneut zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines weiteren Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Dr. Cohn (fortfahrend): Das ist ein schändlicher Eingriff in die Debatte, der Ihnen nicht zurecht.

Reichspräsident Dr. Paasche: Wegen dieser Kritik an meiner Geschäftsführung rufe ich Sie zur Ordnung und werde im Wiederholungsfall das Haus fragen, ob es Sie weiter hören will. (Zurufe bei den U. Sozialdemokraten: Ein Ministerpräsident!) Es gibt keinen liberalen Präsidenten, sondern nur einen unparteiischen.

Abg. Cohn (fortfahrend): Ich kehre zum Thema zurück. (Reichspräsident Paasche: Zum Thema Staatssekretär des Reichsjustizamts.) Zu etwas anderem habe ich nicht gesprochen. Jetzt erleben wir im vierten Kriegsjahr, daß die Klassenjustiz auch unter dem Schutz des Reichstagspräsidenten steht. Deshalb ist es das Beste, zu schweigen.

Reichspräsident Paasche: Ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung. Ich kann es nicht zulassen, daß das Beisein der Kriegsgerichte ein Zeichen von Klassenjustiz ist.

Die Debatte schließt. Die Resolution des Zentrums wird zurückgezogen und in etwas allgemeinerer Form angenommen. Der Justizetat wird bewilligt.

### Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 14. Mai. (Amtlich.)

Am den Kampffronten ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feueraktivität im Laufe des Vormittags nach. Am Abend ebbte sie wieder vielfach ab. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La Bassée-Kanal verlusteten die Engländer am Abend starke Eisenangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen. Die Erdbebenaktivität blieb ruhig. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Berlin, 14. Mai, abends. (Amtlich.)

Erfolgreicher östlicher Vorstoß in die englischen Linien auf dem Korbufer der Somme, an der Straße Bray-Corbic. Heftige Gegenangriffe des Feindes scheiterten.

Sonst nichts Neues.

Wien, 14. Mai. (Amtlich.)

Die Gefechtsaktivität an der italienischen Gebirgsfront gleicht der der letzten Tage.

### Der neue Zweibund.

Wien, 14. Mai. (Wiener l. i. Kor.-Bureau.) Zum amtlichen Bericht über die Begegnung zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm und den beiderseitigen Staatsmännern im besetzten Großen Hauptquartier veröffentlicht die Blätter von unterrichteter Seite folgende erläuternde Bemerkungen: Der alte Zweibund war auf der Grundlage der Verteidigung und zwar besonders gegen Rußland, aufgebaut. Die Entwicklung im Weltkriege und die Vorbeugung dieses Bündnisses als solche sind nicht erschüttert, sondern im Gegenteil bekräftigt. Wir sind die Angegriffenen und müssen uns gegen eine ganze Welt von Angreifern verteidigen. Wir müssen also an dem Defensivbündnis festhalten und für den Ausbau und die Vertiefung dieses Bündnisses, das für alle Zeiten den Charakter eines Verteidigungsbündnisses behält, nur andere Vorbedingungen schaffen, denn Rußland als eigentlicher bedrohender Faktor der Mittelmächte hat auf lange Zeit hinaus aufgehört, für uns eine Gefahr zu bedeuten. Dagegen droht uns eine ganze Welt von anderen Feinden mit Verdrängung. Unsere Verteidigung muß sich dieser Situation anpassen und auch andere Angriffsmöglichkeiten als die Rußlands allein ins Auge fassen. Dieses Verteidigungsbündnis hat im Rahmen eines Abwehrbundes, wie ihn die Entente angeblich anstrebt, vollen Platz. Der Zweibund will den Schutz gegen künftige Kriege. Der Zweibund will nichts anderes, als sich gleichfalls gegen künftige Kriege schützen; sein Grundgebäude ist derselbe wie der des Abwehrbundes. Es ist klar, daß bei der Erörterung der Bündnisneuerung auch eine Reihe von Fragen politischer, wirtschaftlicher und wirtschaftlicher Natur, die im engeren Zusammenhang hiermit stehen, besprochen werden mußten.

### Nicht nach Petersburg.

Berlin, 14. Mai. (Z. B.) Nach verschiedenen Pressenmeldungen sollten Abteilungen der weißen finnischen Garde an mehreren Stellen die russisch-finnische Grenze überschritten haben und bis Eskerö und Pajelowo vorgezogen sein. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Ein Ueberschreiten der russischen Grenze in Richtung auf Petersburg hat nicht stattgefunden.

Stockholm, 13. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Moskau vom 10. Mai hat Kamenow, der Sondergesandte des Rates der Bolschewiki, der im März auf den Landsinseln von den Weißen Garben verhaftet worden war, vor kurzem von den deutschen Behörden in Freiheit gesetzt, jedoch von den Weißen Garben als Geiseln zurückbehalten worden, bis die russische Regierung die Vertreter der revolutionären finnländischen Regierung, namentlich Männer der augenblicklichen finnländischen Regierung austiefert.

### Die Grenzmärchen.

Wie überall, so hatten auch den deutschen Zeitungen auch in Odesa die Volkswirtschaftliche Gräueltaten berichtet. Inzwischen sind nun längst deutsche und österreichische Truppen in der Stadt eingezogen und auch Kriegsberichterstatter. Unter von ihnen beschriebenen, kommt im letzten Hefen an das „Berliner Tageblatt“ auf diese Dinge zu sprechen und schreibt: „Die Schrecken der Kämpfe über die Schwedischen Grenzstädte in Odesa reduzieren sich auf einige Brandstiftungen und einige Leichen, auf Ueberfälle und Einbrüche, wie sie heute auch in anderen europäischen Ländern vorkommen. Auf die Ermordung einzelner militärischer Marineoffiziere durch meuternde Matrosen.“ Hier wie anderwärts waren also die Gräueltaten der weißen Bolschewiki erfunden aber übertrieben. Welt schreibt weiter:

Die organisierte Ketzerei in Odesa verhält sich den l. u. l. Besatzungstruppen gegenüber korrekt. Die weißhändigen Bürgerlichkeit sieht die Besatzung nicht ungern und erleidet die Rückkehr gemelter Zustände, nötigenfalls selbst im fatalen Preis einer vorübergehenden Oktion. Die Kaiser Zentralrada hat in südlichen Distrikten keine Machtmittel. Odesa besteht und spritz fast nie mehr ukrainisch. Die Zeitungen erleiden weiter grobkrossisch und lehren ukrainischen Lert der Kiewer Telegraphenagentur ab, weil es ihnen angeblich Uebersehern fehlt. Die Bauern haben die großen Landgüter ohne Entbindung für die vielfachen deutschen Besatzung unter sich aufgeteilt, bearbeiten wegen der Unsicherheit der Besitzverhältnisse aus Mangel an Arbeitskräften nur eigenen kleinen Acker, weshalb insbesondere der Rübenbau jetzt fast stillgelegt liegt. An unser Militär verkaufen sie zögernd, weil der Ausfall der kommenden Ernte noch unsicher ist. An Papiergeld haben sie Uebergenug.“

### Die Kämpfe in Mesopotamien.

Qualvoller Dreesbericht aus Mesopotamien: Unsere besetzten Truppen verlorsten die T. über Kirkuk hinaus. Am 11. Mai wurde Feind über den Feind auf Altyn Koye zurückgetrieben. Es wurden 30 Gefangene gemacht und zwei Geschütze erbeutet. folgenden Tage bewarfen unsere Flieger feindliche Lager zwischen Altyn Koye und T. sowie am Tigris.

### Berentete Schiffe.

Berlin, 13. Mai. (Amtlich.) Ein unferes Flantern stationierten U-Boote, unter Kommando des Oberleutnants zur See Vohat neuerdings während einer 100 Runden Unternehmung im östlichen Teil des Mittelmeeres bei Sizilien ein feindliches Segelschiff in der Höhe von Palermo mit zusammen 22 500 Brutto-Registertonnen, darunter wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete 5000 Brutto-Registertonnen große Schiffe. Die Dampfer waren mit einer Ladung tief beladen, und zwar, wie in der Ort der Verlesungen mit Sicherheit geschlossen werden kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feind. Die Unternehmung des währten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar. Der Chef des Admiralstabes der Marine

### Politische Ueberblick.

In der Anfrage des Abgeordneten Sabel (Soz.) im Reichstage bezieht sich der Reichspräsident auf die amerikanische und die deutsche Gesellschaft in Philadelphia, die die Verwaltung mit, daß es sich um eine Beteiligung an einer amerikanischen Kugellagerfabrik handelt, welche Handelsartikel, speziell Kugellager, Maschinenbau, fabriziert, und nicht um eine Waffenfabrik. Die deutschen Maschinen- und Kugellagerfabriken waren an dieser amerikanischen Gesellschaft bereits seit dem Jahre 1911 beteiligt und haben die Verbindung bei Kriegsbeginn sofort gelöst.

Der neue Führer der Freikonfessionellen Die freikonfessionelle Partei hat einstimmig die Stelle des Freiherrn v. Bethli und Keulrich Abgeordneten Lucibic (Spanbau) zum Wählenden gewählt.

### Sport- und Körperpflege.

#### Die Bundesturnfahrt des Arbeiter-Turnerbundes 1918.

Als im Vorjahre der Arbeiter-Turnerbund seine erste große Bundesveranstaltung in Form einer, beizurweise über das ganze Reich verteilten „Bundesturnfahrt“ unternahm, da konnte er, trotz der Ungunst der Kriegsverhältnisse, an einem Tage mehr als 12.000 wachsende Arbeiterturner auf die Beine bringen. Ueber 6000 jugendliche Wettkämpfer beteiligten sich an dem mit der Turnfahrt verbundenen einhelligen Wettkampfe. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundes-Turnfahrt stattfinden. Wiederum verbunden mit sportlichen Wettkämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung aber eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Festsitzung des 25jährigen Bestehens des Arbeiter-Turnerbundes damit verknüpft wird. Das Jubiläum des Bundes sollte ursprünglich durch ein in Leipzig, dem Sitz des Bundes, abzuhaltenes großes Arbeiter-Turnfest gefeiert werden. Viele tausend Wettkämpfer waren schon eingezogen in großartige Zosarbeiten im Gange. Da die der Weltkrieg und schlug alle derartigen Unternehmungen zu Boden. Die nunmehr stattfindenden Bundesturnfahrten geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei, die damit ihre Unverwundbarkeit und Erfolgebereitschaft erweisen. Daran zu erinnern eignet sich besonders die Zeit nach Oden, wo wiederum Laufende von jungen Wundkämpfern die Volksschule verlassen und in das Erwachsenenleben eintreten. Hier da heißt, welche nachteiligen Folgen die Unfähigkeit dieser Jahre Uebergang aus der Kindheit für die in der Entwicklung stehenden Körper der Arbeiter und Arbeiterinnen mit sich bringt. Der neue Bund des Arbeiter-Turnerbundes zum Beitritt in die Turnvereine sind nur begünstigt und unterstützt. Bewegung in Luft, Licht und Sonne. Die jungen Menschen bilden. Die Turn- und Turnen haben sie ein Gegenmittel gegen die Gefahren des Erwachsenenlebens und im Hinblick auf die Gesundheit vor der Umpfindung bewahrt bleiben. Wöcher, die besten die Arbeiterturner und -Turnerinnen geben sein.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Mai.

10 Jahre Reichsvereinsgesetz

In dem weitbewegenden Geschehen unserer Zeit erblissen alle Erinnerungstage. In Zeiten, die im Gegensatz zur Gegenwart, arm an Ereignissen, aber reich an Papierwaren, hätten die Zeitungen gewiß spaltenlange Betrachtungen darüber angestellt, daß heute 10 Jahre vergangen sind, seit dem deutschen Volk und insbesondere den deutschen Frauen die Vereins- und Versammlungsfreiheit geschenkt wurde.

Frauen des größten deutschen Bundesstaates aus ihrer unwürdigen Stellung im öffentlichen Leben befreite, war jedoch nicht die stolze Zahl der 9 1/2 Millionen erwerbender Frauen, welche die Berufszählung von 1907 festgestellt hatte, sondern die Rücksicht auf den Liberalismus, der sich damals gerade zu der berühmten „konservativ-liberalen Paarung“ bereitgefunden hatte.

Die Frauendeputation,

die gestern auf dem Rathaus erschien, um den Oberbürgermeister um ein Vorgehen zu Gunsten des Frauenstimmrechts in der Gemeinde zu ersuchen, ist in der Mittagsstunde von diesem empfangen worden. Frau Geheimrat Wegner und Frau Schumilo setzten Herrn Matting die Gründe auseinander, welche die Frauen zur Forderung des Wahlrechts veranlassen, sie wiesen auf die Millionen von erwerbenden Frauen hin, die sich ihr Brot verdienen müssen und Steuern zahlen, ferner auf den in der Kriegsfürsorge und Kriegswirtschaft abgelegten Befähigungsnachweis der Frauen.

Die Arbeitszeit in städtischen Betrieben.

Am Montag abend fanden sich die Delegierten der Arbeiterschaft der städtischen Betriebe in den Unionfestalen zu einer außerordentlich stark besuchten Versammlung ein. Verbandssekretär Heinze sprach über die gegenwärtige Arbeitszeit in den städtischen Betrieben und die Frage, ob sie zurzeit verkürzt werden kann. Er führte etwa folgendes aus:

Es ist Tatsache, daß die unteren Stände jetzt um vieles mehr leisten müssen, als in früheren Jahren. Diese aufreibende Tätigkeit muß den Körper zermürben und deshalb geht gegenwärtig ein Zug durch die Arbeiterschaft, die Arbeitszeit zu verkürzen. Diese Forderung ist um so berechtigter, als gerade in Kommunalbetrieben viele Kriegsbefähigte beschäftigt werden, die nicht mehr so leistungsfähig sind, als der gesunde Arbeiter. Gleichwohl kann man vom Arbeitgeber nicht verlangen, daß er mit ihnen eine Ausnahme macht.

sehen Betrieben ohne Nachteil verkürzt läßt, ist in anderen Städten zu sehen. Nur Breslau konnte von der Durchführbarkeit dieser Neuerung noch nicht voll überzeugt werden. Am 25. Oktober und 26. November vorigen Jahres wurden Gesuche an den Magistrat abgesandt, in denen um Verkürzung der Arbeitszeit im Elektrizitätswerk, dem Gasen und der Straßenbahn nachgesucht wurde. Erst am 5. Dezember ging die Antwort ein, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, die gewünschte durchgehende Arbeitszeit einzuführen, da mit den vielen, des Abends auszuführenden Reparaturen gerechnet werden müsse. Da auf diese Antwort hin die Erregung unter den Kollegen sehr groß war, daß sogar einige in den Ausstand treten wollten, hatte die Verbandsleitung am 14. Februar mit dem Oberbürgermeister eine mündliche Aussprache, die zu dem Ergebnis führte, daß den Kollegen und Kolleginnen in der Woche eine oder zwei Stunden freigegeben wurden, damit sie ihre Einkäufe besorgen konnten.

1. Die Arbeitszeit wird ab 1. Juli d. J. um täglich eine Stunde gekürzt. 2. Nach Kriegsschluss, wenn die zum Seeresdienst eingezogenen städtischen Arbeiter wieder in ihre Betriebe eingestellt worden sind, beträgt die Arbeitszeit in allen Betrieben mit Maschinenbetrieb pro Woche 50 Stunden, in den übrigen Betrieben 54 Stunden und für Rutscher und Rärner 60 Stunden. Soweit einzelne Arbeitsgruppen eine längere Arbeitszeit haben, bleibt diese bestehen.

In der Aussprache wurde immer wieder betont, daß die Arbeitszeit jetzt viel zu lang ist und der unterernährte Körper die schwere Arbeit nicht mehr aushält. Ganz besonders zahlreich beteiligten sich an der Aussprache die delegierten Frauen. Immer stand die Sorge um die Kinder an erster Stelle und viele konnten berichten, wie sie sich bereits durch die schwere Arbeit ihre Gesundheit ruiniert haben.

Von den eingeladenen Stadtverordneten war nur ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, der Stadtv. Zimmer, erschienen, der dann auch das Wort ergriff und erklärte, daß er wohl im Sinne seiner Fraktionskollegen handelt, wenn er verspricht, voll und ganz für die berechtigten Forderungen einzutreten. Denn die noch vorhandenen

männlichen Arbeitskräfte und die Frauen gesund zu erhalten, liegt in erster Linie im Interesse des Staates. — Folgende Einschließung wurde dann einstimmig gefaßt: „Die am 13. Mai in den Unionfestalen abgehaltene Versammlung, die von 350 Deputierten der Arbeiterschaft aller städtischen Betriebe besucht ist, nimmt Stellung zu ihrer Arbeitszeit. Sie erklärt, daß eine baldige Herabsetzung der Arbeitszeit dringend notwendig ist und ist sich bewußt, daß sie mit diesem Streben höhere vaterländische Interessen wahrnimmt. Umso mehr muß an der Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung festgehalten werden, als ihr größere Schwierigkeiten nicht entgegenstehen.“

Die Versammlung verlor aber nicht die Schwervierigkeiten, die in der Abneigung gegen Reformen bei manchen Vorgesetzten bestehen. Diese zu überwinden, bedarf es des einigermaßen Zusammenstehens aller Arbeiter und Arbeiterinnen, daher gelobt die Versammlung alles daran zu setzen, um dem Verbanne der Gemeindev- und Staatsarbeiter die ihm fernstehenden Arbeiter zuzuführen.“

Einjährigepriprüfung und Mittelschule.

Der Schlesische Provinzialverein für das mittlere Schulwesen teilt mit: Der Krieg hat die gesunde Entwicklung der seit 8 Jahren neuorganisierten Mittelschulen nicht gehemmt. Bereits drei Jahre nach ihrer Neuordnung, im Jahre 1913 also, gab es in Preußen 120 anerkannte Mittelschulen. Ihre Zahl hat sich aber während des Krieges als verdoppelt, denn jetzt werden über 250 gezählt. Im vergangenen Jahre allein hat sich ihre Zahl um 34 vermehrt.

Diesem Wachstum entspricht auch die erhöhte Teilnahme der Mittelschüler an der Prüfung für Einjährig-Freiwillige, die leider immer noch nicht an der Mittelschule selbst abgehalten wird. Zurzeit werden die Mittelschüler an höheren Schulen geprüft, während vor dem Kriege die Prüfungen vor militärischen Kommissionen stattfanden, die aber während des Krieges nicht zusammenzutreten. 3000 Mittelschüler hatten bis zum Jahre 1917 einschließlich an der Prüfung teilgenommen, drei Viertel davon mit Erfolg. An der diesjährigen Prüfung für Einjährig-Freiwillige sind 1914 zusammen. Das ist fast die Hälfte der Zahl der Mittelschüler, die bis zum vergangenen Jahre überhaupt an den Prüfungen teilgenommen haben. Ueber 1000 Mittelschüler oder 80 v. H. haben sie diesmal bestanden. Es ist zu erwarten, daß die Bedeutung der Mittelschule für unser Wirtschaftsleben immer mehr anerkannt wird und daß die Zahl der Mittelschulen nach dem Kriege noch viel mehr zunimmt.

Lebensmittelversorgung auf Reisen.

Die Stadtverteilungsstelle veröffentlicht im Angeigentelle eine Bekanntmachung über die Lebensmittelversorgung auf Reisen. Bei Reisen bis zu 14 Tagen sind die städtischen Brotmarken in Reisbrotmarken umzutauschen. Fleisch- und Eisenkarten gelten im ganzen Reich, Gudenmarken in Schlesien. Die übrigen Lebensmittel können entweder am Reiseort oder in Breslau bezogen werden.

\* Warnung. Ein Kriegsveteran, geschmückt mit dem Bande des eigenen Kreuzes, schmiedet unter Verprechungen, recht bald allerhand Nützliches für die Küche zu bringen, welche Seife zu recht teuren Preisen an. Verzicht ist geboten.

Karl-Hauptmann-Feier.

Seit einigen Jahren ist es Sitte, nicht nur den toten Dichtern Gedenkfeiern zu veranstalten, sondern auch die lebenden anlässlich ihres 50jährigen Geburtstages zu feiern. Als Karl Hauptmann ein halbes Jahrhundert hinter sich hatte, war anscheinend dieser Brauch noch nicht genügend in Mode, so daß nun sein 60. Geburtstag gehalten wurde, das Versäumte nachzuholen. Zu diesem Zweck hatte sich ein zahlreiches Publikum im Kammermusiksaal eingefunden, um durch Vermittlung beliebiger heimischer Bühnentänzer Karl Hauptmann'sche Dichtungen zu genießen. Herr Dr. Walter Medauer leitete den Abend mit einem Vortrag über die bisherige Lebensarbeit des Dichters ein. Er bezeichnet sein Lebenswerk als eine neue Epoche der Literatur, den Dichter selbst als den berufenen Führer der neuen Richtung und schiederte dann die Wandlung des Dichters an der Hand seiner Werke. Den übrigen Teil des Abends bestritt fast ausnahmslos Herr von Wolzogen. Des wenigen, was er uns von der Dichtkunst Karl Hauptmanns in Prosa und gebundener Rede übermittelte, zeichnete sich durch markanten seelenvollen Vortrag aus. Einen Dichter als Apriler zu beurteilen, ist Unpflanzungsache. Wenn aber auch die beiden Novellen das erschienenere Publikum nicht warm werden ließen, so lag das an anderen Dingen. Die Novelle „Lepfers“ ist wohl für den Dichter als auch für den Vortragenden als gelungen zu bezeichnen, und kommt in ihr das tragische Geschick des Erbauers des Elektrizitätswerkes zum Ausdruck. Daß die zweite Novelle „Wendolin und Gertrude“, bis Tragödie eines anachronistischen Grubenarbeiters, vollständig verpuffte, lag nicht an der literarischen Bewertung der Dichtung noch an dem Vortragenden, sondern mehr an dem ungenügenden Beitrage der unvorhandenen weiblichen Jugend. Als nämlich die Herren Rhode und Hattner zwei Lieber aus den „Reisekinnern“ zu Gehör gebracht hatten, war anscheinend das Kunstinteresse für Karl Hauptmann völlig in dem Geiste sich das Schicksal Wendolins und Gertrudens erfüllte, wurde anscheinend draußen in der Hauptstadt in der nächsten Nacht eine

Parallelfest veranstaltet, in welcher Herr Watter der Hauptmann war. Man sieht, daß also nicht nur in Proletariatskreisen das Fehlen des Vaters sich in der Erziehung des Kindes bemerkbar macht. Ich könnte den Sprößlingen der sogenannten „besseren Kreise“ von der goldenen Rabegasse bis zur Johanneisenstraße einmal empfehlen, sich an dem Verhalten unserer Proletariatskinder in den Volksschulungen ein Beispiel zu nehmen. Schön war also die Feier nicht! Fr.

Lobe-Theater.

Schon im vorigen Jahre zeigte sich Paul Wegener von den Reinhardt-Bühnen in Berlin bei einem Gastspiel im Lobe-Theater als Kapitän Edgar in Strindbergs schauervollem Stüde zur Abklärung von der Ehe. Kapitän Edgar ist ein vollendetes Scheusal, aber — wie könnte es bei Strindberg anders sein — die Hauptrolle an seinem Verhalten trägt die Frau. Edgar ist im Innern ein ganz braver Kerl, der nur den bösen Tyrann nach außen leidet, weil ihm sonst das Leben ganz unerträglich wäre. Die Frau aber entfällt sich als die innerlich Verderbte. Das ganze Stück ist eine Kette von grauenvollen Szenen, und findet in einem zweiten Teile seine Fortsetzung. Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Gast diesmal die Fortsetzung gespielt hätte, doch für viele hatte auch der erste Teil wieder keine Anziehungskraft. Das Haus war ziemlich ausverkauft. Paul Wegener hat seinen Edgar so bis in die kleinsten Züge festgelegt, daß sich daran seit dem vorigen Jahre nichts geändert hat. Seine Frau wurde von Fräulein Solim gegeben, die als hervorragende Darstellerin Strindbergscher Weiber bekannt ist. Herr Gabriel war als Kurt der dritte im Bunde, und behauptete sich ganz gut, trotzdem es gerade nicht in seinem Wesen liegt, so ganz die Hauptrolle zu mimieren. Am Schluß gab es den bei Gastspielen immer üblichen minutenlangen Ball.

Aus aller Welt.

Ein Beitrag zur Händlermoral. In der Preisprüfungsstelle zu Reddinghausen wurde folgender Fall zur Sprache gebracht, der zeigt, welche Moral oder richtiger Anmoral in den Köpfen mancher Händlerkreise herrscht. Ein Bürger hatte von einem Kohlenhändler eine Fuhr Kohlen im Gewicht von 30 Zentnern erhalten. Als er sie nachhag, fehlten an dem Gewicht nicht weniger als 8 Zentner. Auf die Reklamation hin erwiderte der Händler, daß, wenn jede Lieferung nachgewogen würde, es besser sei, das Kohlengeschäft an den Nagel zu hängen; denn dann könnte kein Händler bestehen! In einem anderen dem Kriegsausbruch für Konsumrenteninteressen bekannt gewordenen Falle wurden 2 Kunden eines Kohlenhändlers von diesem von der weiteren Belieferung ausgeschlossen, der eine, weil er eine Quittung über den gezahlten Betrag für die erhaltenen Kohlenmenge verlangte, der andere, weil er die „Dreißigkeit“ hatte, die Kohlen nachzuwiegen (wobei eine erhebliche Minderzahl festgestellt wurde). Der Kohlenhändler erklärte, „so etwas lasse sich heute kein Händler gefallen.“ — Jede Kritik ist hier überflüssig.

Eine Räuberbande von Schmalzfabriken. Jünglingsvereine, alles Schöne ausgehender Familien, wurden in Danzig verhaftet, weil man in ihnen eine Räuberbande gefaßt hatte, die in Danzig Borstadt Langfuhr Hundebau von schweren Einbrüchen auf dem Gewinne war. Nicht weniger als 28 Einbrüche haben sie schon verübt. Es handelte sich dabei nicht nur um Lebensmittel, sondern auch um Schmuck, Teppiche, ja sogar um elektrischen Strom, den sie den städtischen Merken entzogen. Mit Wissen ihrer Eltern mieteten sie sich eine Kellerwohnung als Laboratorium. Was die Eltern freilich nicht wußten, war, daß sich an den Experimentierort ein weiterer Raum angeschlossen, in dem belagert wurden. Am sich das nötige dazu zu beschaffen, verübte man erst kleine Diebstähle, wurde dann kühner und ging zu ganz regelrechten schweren Einbrüchen über.

Selbstmord vor der Verhaftung. Zwei Einbrecher wurden dabei überfaßt, als sie ein Fischgeschäft in Berlin ausrauben wollten. Vor hinzugekommenen Schülern ergriffen sie die Flucht, wurden aber schließlich gefaßt. Während der eine festgenommen werden konnte, schloß sich der andere, um der Verhaftung zu entgehen, mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Für 100 000 Mark Felze gestohlen. In die Geschäftsräume einer Berliner Damenmantelfabrik drangen Einbrecher ein und nahlen für 100 000 Mark Felze.

100 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Düsseldorf verurteilte den Kaufmann Danbau wegen übermäßiger Preisforderung für Suppenwürze zu 100 000 Mark Geldstrafe.

Lawinen. Die „Stamba“ melbet aus Novara, daß am städtischen Stod des Simon-Passes eine ganze Anzahl mächtiger Schneelawinen in den letzten drei Tagen niedergegangen sind, die großen Schaden angerichtet und mehrere Personen getötet haben. Zwei hundert Bardo und Angiola ist eine kolossale Lawine niedergegangen, die zwei Personen tötete. Auch eine Arbeiterkolonne wurde überrascht und teilweise verflücht, die meisten Arbeiter wurden aber wieder ausgegraben.

Verurteilung Diebstahlminder. Das Landgericht München hat den Kaufmann G. H. B. zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Schuldenzinsen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Schuldenzinsen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. G. H. B. hatte nach Originalgewähr bekannter Meister zum Teil sehr gute Arbeiten gemacht, die Frau B. nur seinem Einkommen als Originalen in den Händen hatte.

Wie wir hören, ist der Magistrat dem Beschlusse der Stadtoberordneten-Versammlung wegen der Sonntagsschließung der Handwerksbetriebe zustimmend beigetreten. Die letzte Entscheidung ruht jetzt bei der königlichen Regierung. Es steht bei der wohlwollenden Haltung des Bezirksausschusses zu erwarten, daß diese ebenfalls noch vor Pfingsten ihre Genehmigung geben wird, und so könnte die Verordnung noch Ende dieser Woche Befestigung erlangen.

Für den ersten Pfingstfeiertag aber gilt auch ohne diese neue Verordnung die veraltete Sonntagsschließung der Gewerbeordnung.

### Urlaub

#### für zurückgekehrte Kriegsgefangene.

Die aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen haben zunächst eine etwa dreiwöchige Quarantäne durchzumachen, worauf sie ihrem Ersparungspartei übergeben werden. Vom Ersparungspartei aus erhalten sie dann einen Urlaub von acht Wochen.

### Einführung des neuen Sommerfahrplans.

Am 16. Mai tritt bekanntlich der Sommerfahrplan in Kraft. Die im Winterfahrplan vorhandenen Zugbeschränkungen bleiben, wie die Eisenbahnverwaltung bekannt gibt, bis auf weiteres bestehen. Einige Änderungen auf den verschiedenen Strecken sind zum Ausdruck gebracht. D-Jug 33, der von Breslau über Brieg-Landberg nach Hirschowitz geführt wird, verkehrt nicht, wie im Winterfahrplan, nach Bedarf, sondern täglich. Bei den in der Nacht zum 16. dem Personenverkehr dienenden Zügen wird es so eingerichtet, daß die Morgenzüge trotz der teilweise Unterschiede im Sommerfahrplan pünktlich in Breslau eintreffen. Von den in Breslau am 14. abgehenden Abendzügen sei betont, daß Personenzug 230 bis Liegnitz, D-Jug 12 bis Breslau und D-Jug 32 bis Brieg im alten Winterfahrplan und von dort aus im neuen Fahrplan verkehren.

### Ausflugsjähriges Besehen der städtischen Friedhöfe.

Anfang dieses Monats waren fünfzig Jahre verflossen, seit der erste städtische Friedhof, der in Gräbchen, der Begräbnis übergeben wurde. Ihm folgte am 1. Juli 1871 der an der Ostwitzerstraße und am 1. Januar 1904 der landwirtschaftliche Begräbnisplatz bei Cosei. Das Gesamtgebiet der städtischen Friedhöfe, zu dem auch noch die Friedhöfe der benachbarten Dörfer gehören, umfaßt reichlich 500 preussische Morgen. Sie werden jetzt von sechs evangelischen und neun katholischen Pfarren, sowie der altkatholischen Gemeinde benutzt, die alle keine eigenen Pfarrenfriedhöfe besitzen; außerdem bezieht das Kloster der Barmherzigen Brüder auf dem städtischen Friedhof in Gräbchen.

Als die Friedhöfe in Gräbchen und Ostwitzer angelegt wurden, war der Begriff Friedhof noch unbekannt. Die Flächen waren einfach quadratisch aufgeteilt und mit Abzäunungen versehen. Erst nach und nach hat sich auch auf dem Gebiete der Friedhöfegestaltung ein Wandel vollzogen, der die Begräbnisplätze zu stimmungsvollen Gärten umzugestalten sich bemüht. Wie in anderen Großstädten, so hat man dieser Kunstausübung auch in Breslau Rechnung getragen. So wurde der städtische Friedhof bei Cosei 1903 partiell angelegt und die dort 1914 notwendig gewordenen Erweiterungen, wie auch die Friedhöfsvergrößerungen in Ostwitzer und Gräbchen legen Zeugnis davon ab, daß die Stadtverwaltung die Ausgestaltung unserer Friedhöfe nach neuesten Auffassungen auszuführen fördert. Hand in Hand mit der gärtnerischen Pflege geht auch das Interesse, das jetzt der Auffüllung der Urnen in eine jugendliche wird. Es ist 1914 eine Gemeindevorstellung erlassen worden, die diese Auffüllung nach künstlerischen Gesichtspunkten regelt und die zwar mild gehandhabt wird, aber heute bereits beweist, daß man in dieser Beziehung auf dem rechten Wege ist.

Die Erweiterung der städtischen Friedhöfe ist durch den Krieg gehemmt worden. So ist in Ostwitzer die geplante, so notwendige große Halle, sowie der schon genehmigte Torbau bei Tor 6 noch nicht zur Ausführung gelangt. Auch der beabsichtigte Bau des Krematoriums hat einen Aufschub erfahren. Ebenso sind die für die Friedhöfsvergrößerung in Cosei schon bewilligten Bauarbeiten noch nicht geschaffen worden.

Wie in anderen Verwaltungen, hat der Magistrat auch für die Friedhöfe eine Deputation eingesetzt, deren Vorsitz Stadtrat O. Tilgner, und dessen Stellvertretung Stadtrat Wid. innehat. Einen besonderen Ausschuss auf den Friedhöfsangelegenheiten hat Stadtrat Dr. Köhler gebildet, der bis zu seinem 1914 erfolgten Tode über zwanzig Jahre Vorsitz der Friedhöfe war. In dieser Zeit wurde die Verstaatlichung des Stadtpflegewesens eingeführt, das früher von den Friedhöfsverwaltern auf eigene Rechnung besorgt wurde. Unter jenem Dezernat wurde die Oberleitung der städtischen Friedhöfe gebildet, deren Amtsträger erst kürzlich in die Person des Stadtrats J. A. verlegt wurden, um eine neue Ära zu eröffnen mit den Interessen der Bürger zu verbinden. Für untersteinsten die Verwaltung und die weitere künstlerische Ausgestaltung der Friedhöfe. E. A. Stadtrat Dr. Köhler, der als Oberleiter die Aufsicht führt, hat es verstanden, die städtischen Friedhöfe in der besten Weise zu gestalten.

Das Arbeiter-Sekretariat der freien Gewerkschaften Preßlaus wurde im April 1918 von 114 Personen in Anspruch genommen. Von den Besuchern waren 445 männlich, 699 weiblich; in Breslau wohnten 950, außerhalb 194. 71 waren organisationsfähig, 109 waren Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins und 302 gehörten einer Gewerkschaft an, und sonstige Personen waren 19 männlich und 453 weiblich. Dies sind Besucher, die wohl organisationsfähig, aber nicht organisiert waren und Anstalts erhielten. Es wurde in 1180 Fällen Anstalts erteilt und zwar auf folgenden Gebieten: Arbeiterbeschäftigung 169, Arbeits- und Dienstvertrag 123, bürgerliches Recht 204, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 498 (darunter 412 Militärsachen), Strafrecht und Verordnungen 106. Zur Erledigung dieser Sachen mußten 403 Schriftsätze (Verurteilungen, Beschlüsse etc.) angefertigt werden, darunter 164 militärischen Angelegenheiten.

In den ersten vier Monaten sind 465 Besucher zu verzeichnen, die insgesamt 4739 Anstalts erhielten und noch 1757 Schriftsätze angefertigt bekamen, darunter allein in militärischen Sachen 886.

Das Arbeiter-Sekretariat ist geöffnet an Wochentagen von 9-1 Uhr vormittags und 4 bis 7 Uhr abends. Sonntags nachmittags und Sonntag und Feiertag geschlossen.

### Kultur und Wirtschaft der Ostprovinzen.

Ueber dieses Thema sprach am Freitagabend im Ausschuss für Kriegsaufklärung Pastor Bie. Moering. Der Vortragende schildert Land und Leute aus eigener Erfahrung. Trotz der dauernden Besuche einer Russifizierung der baltischen Provinzen, bleiben die Einwohner deutsch. Deutsch ist auch das Stadtbild und deutsch die Sprache. Die Kirchen weisen den göttlichen Baustil auf. Bei Ausbruch des Krieges stand nun die Bevölkerung vor einer schweren Krise. Sie waren russische Untertanen und doch stand ihr Herz auf deutscher Seite. Zu ihrer Ehre sei es gesagt, sie haben die Deutschen nie verraten und haben keine Spionage getrieben. Dagegen erwiesen sie den deutschen Gefangenen so manchen guten Dienst. Das Leben in den baltischen Provinzen ist breit und hehrig. Der Adel nimmt riesige Besitztümer ein. Der Grund und Boden des einzelnen ist so groß, daß er nicht imstande ist, ihn völlig zu bewirtschaften. So kommt es dann, daß immer nur der zehnte Teil bearbeitet wird, das übrige liegt ganz unangekult. Sprichwörtlich ist auch der Reichtum an kurländischem Obst. Doch alle diese Schätze fallen dem Aurländer gar nicht auf. Die Pastorate verfügen ebenfalls über sehr viel Grund und Boden. Die Pastoren leben behäbig und sind kleine Könige in ihrem Reiche. Die dritte Schicht der Bewohner Kurlands sind die Literaten, das sind die, die studiert haben, also das bessere Bürgertum. Eine weitere Art von Leuten, vielleicht Arbeiter, scheint es in den baltischen Provinzen nicht zu geben, jedenfalls hat diese der Pastor Moering wohl nicht kennen gelernt, sonst hätte er sie doch erwähnt.

### Der Krieg und die Jugendlichen.

Ueber dieses Thema sprach am Freitag im Ausschuss für Kriegsaufklärung Pastor prim. Seibt. Er schilderte die helle Begeisterung der Jugend bei Beginn des Krieges, wie sie den Soldaten das Gepäck zum Bahnhof schleppten und ihnen sonst in jeder Weise Liebesdienste erwiesen. Allmählich ist dies anders geworden. Durch das Fehlen des Vaters in der Familie, durch das viele sich selbst überlassen, auch dadurch, daß die Jugend jetzt sehr viel Geld in die Hände bekommt, werden ernsthafte Bedenken der Verantwortung laut. Auch macht sich in der Stimmung ein bedeutender Kontrast zwischen damals und heute bemerkbar. Die Jugend ist um vieles unpatriotischer geworden. Wohl hilft die Jugend überall ehrlich an den Lasten des Krieges mittragen, sei es durch vermehrte Arbeitsleistung, oder auf dem Gebiete der Ernährungsvereinfachung, aber ihre Arbeitsfreudigkeit und ihr Pflichtbewußtsein muß noch erheblich gefördert werden. Durch den Ausfall der Vergünstigungen wird der Familienfall wieder mehr gepflegt und die alte, gemüthliche Zeit hält wieder Einkehr. Auch sollen wir unserer Jugend darin mit gutem Beispiel vorangehen, daß wir ihnen echtes deutsches Heimatgefühl lehren. Bedauerlicherweise ist die Ehre für den Jugendlichen während des Krieges ganz verloren gegangen. Und doch sollten sie diese jetzt mehr wie je besitzen. Da steht an erster Stelle die Ehrfurcht vor Thron und Altar. Worte des Kaisers und Sündenburger sollten in den nächsten Jahren die Volksehrfurcht sein; sie sind wichtiger wie Goethe und Schiller. Desgleichen sind von ungemein großem Wert für unsere Jugendlichen die großen Gedenktage dieses Krieges. Sie müssen ihnen eingeprägt werden, um sie jetzt und später zu begeistern. Denn nur auf eine begeisterte Jugend baut sich die Zukunft Deutschlands auf.

Das hat, wie gesagt, Pastor Seibt im Ausschuss für Kriegsaufklärung ausgeführt.

### Das städtische Arbeitsamt im April.

Die Vermittlung betraf folgende Berufsleute: 42 weibliche kaufmännische Angestellte 42 weibliche kaufmännische Angestellte 137, männliche Arbeiter 168, Facharbeiterinnen, insbesondere Weberinnen 528, männliche Tagelöhner 657, Tagelöhnerinnen 1168, Fabrikarbeiterinnen 608, männliche landw. Arbeiter 127. Mehrere...

Unter dieser Ueberschrift brachten wir seinerzeit eine Gerichtsverhandlung. Angeklagt waren damals der Meißener Berthold Kuzbach, der Kaufmann Max Smolin und der Kaufmann S. Krzesny wegen unlauterer Machenschaften und Preissteigerungen mit Seife. Die Angeklagten wurden zu zwei Wochen Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe und Einziehung der Seife verurteilt. Gegen dieses Urteil haben die Angeklagten Berufung eingelegt und in der erneuten Verhandlung wurde Kaufmann Max Smolin und Kaufmann S. Krzesny freigesprochen.

### Ein räthselhafter Betrüger.

Im Jahre 1916 suchte der Zahnmediziner Hermann Sauer junge Mädchen als Lehrmädchen. Sie sollten ein monatliches Gehalt von 50 Mark beziehen und würden dann sehr schnell ausgebildet werden, da er einen sehr großen Patientenkreis besitze. Solche Lehrmädchen hatte er dann zu gleicher Zeit immer mehrere, die jedoch bald erkennen mußten, daß S. nur sehr wenige Patienten hatte und es für sie fast nichts zu tun gab. Da sie dann auch nichts lernen konnten, sahen sich die Eltern gezwungen, die Mädchen wieder fortzunehmen. Da S. durch schlechten Geschäftsgang in Schulden geraten war und die Gläubiger ihn drängten, mußte er bereits im Juni 1915 den Offenbarungseid leisten. Trotzdem machte er weiter Schulden. Im Jahre 1916 erwarb er zwei Pelze, den einen von der hiesigen Firma Boden und den zweiten von einer Berliner Firma, auf Kredit. Als diese Geschäfte nach längerem Warten auf Zahlung brachten, schrieb er ihnen beliebige Briefe. Jetzt stand er vor der zweiten Strafkammer, um sich wegen Betruges im Amt zu verantworten. Er sagte, er habe nicht die Absicht gehabt zu betrügen, denn er habe sehr viele Kundenstände und eine vermögende Frau. Nach Einsichtnahme in die Bücher wurden nur geringe Kundenstände festgestellt. Seine Frau besitzt ein Vermögen von 13 000 Mk. Trotzdem er schon 15 Mal verurteilt ist, darunter viermal wegen Betruges, billigte ihm das Gericht nochmals mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis.

### „Zur Abschreckung der Käufer“.

Am 22. November vorigen Jahres kam eine Stellenbesitzerin aus Schimmerau, Kreis Trebnitz, mit neun jungen lebenden Hähnen in die Markthalle. Sofort sammelte sich ein großer Kreis von Kaufleuten um sie, und angeblickt um sich der Leute zu erwehren und sie abzuschrecken, gab sie auf die Frage nach dem Preis der Hähne das Pfund koste 3,50 Mark. Da aber der Höchstpreis für eine solche junge Gans 10 Mk. betrug, erhielt sie wegen Ueberschreitung der Höchstpreise einen Strafbefehl über 400 Mark. Auf ihren Einbruch wurde die Strafe vom Schöffengericht auf 200 Mk. ermäßigt. Ihre gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde am Freitag vor der I. Strafkammer verhandelt. Da ein Verkauf zum Preise von 350 Mark für das Pfund noch nicht stattgefunden hatte und ihr das Gegenteil ihrer Behauptung, daß sie die Preise nur zur Abschreckung der Käufer genannt habe, nicht nachgewiesen werden konnte, wurde sie auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

### Mißbrauchtes Vertrauen.

Am Donnerstag stand die 20jährige Bureaugehilfin Katharina S. vor dem Schöffengericht, um sich wegen Betruges zu verantworten. Die Angeklagte kam am 30. Oktober zu einer guten Bekannten ihrer Mutter, bestellte einen schönen Gruß von dieser und sie lasse doch bitten, ihr 100 Mark bis zum 5. November zu leihen. Da die Bekannte kein Geld im Hause hatte, häubigte sie ihr das Sparfläschchen aus mit dem Vermögen, sich das Geld abzugeben und wenn es die Mutter am 5. November wieder eingezahlt habe, möchten sie ihr das Sparfläschchen wieder zustellen. Die S. ging nun zur Sparkasse, hob 251 Mark ab, vernichtete das Buch und verbrauchte den größten Teil des Geldes für sich. Nachdem die Eigentümerin des Sparfläschchens vergeblich auf dessen Rückgabe gewartet hatte, begab sie sich zur Mutter des Mädchens. Als sich diese jedoch in brüstem Ton gegen eine Zurückzahlung des Geldes wehrte, war die Frau gezwungen, Anzeige zu erstatten. Da die S. schon wegen einer ähnlichen Straftat verurteilt ist, wurde sie zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt, die jedoch durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden.

### Unerlaubte Liebe.

Am Montag stand eine Arbeiterin aus Koblenz bei Schlaupe, Kreis Reumarkt, vor dem außerordentlichen Kriegsgericht, um sich wegen unerlaubten Verkehrs mit einem Kriegsgefangenen zu verantworten. Der russische Kriegsgefangene, der die deutsche Sprache völlig beherrscht, war mit ihr bei dem gleichen Gutsbesitzer in Arbeit, und sie knüpfte im vorigen Jahre engere Beziehungen an. Aus dem Verhältnis wurde vor sechs Wochen ein Kind geboren. Da der Gefangene dem Mädchen die Ehe versprochen hat, billigte ihr das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu einem Monat Gefängnis.

### Geld von über 50 Millionen Mark.

gewahrt ist sehr unhandlich und das Dabegehalt, namentlich bei weiblichen Arbeitsträgern, ist sehr gering, nimmt bedeutend mehr Zeit in Anspruch, als fahplanmäßiger Aufenthalt der Züge an den Stationen vorgehen. Die Eisenbahngesellschaft hat deshalb streng angeordnet, Geldscheine von mehr als 50 Mark...

Die städtischen Schwimmbecken I und II am Gneisenauplatz und V am Dhl. Lauffegge, die für Schüler und Lehrlinge, sowie III und IV am Dhl. Lauffegge und an der Burastraße, die für Frauen und Mädchen bestimmt sind, werden am heutigen Mittwoch eröffnet. Die Bäder I bis IV dürfen werktäglich von 7 Uhr vormittags bis zum Eintritt der Dunkelheit, mit Ausschluß einer Mittagspause von 11 bis 1 Uhr, am Sonntag und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags benutzt werden. Das Bad V, und zwar das Badebecken, steht zur Benutzung innerhalb der Sommerferien werktäglich von 1 bis 7 Uhr nachmittags, außerhalb der Sommerferien werktäglich von 7 bis 11 Uhr vormittags, von 1 bis 1 1/2 Uhr und 6 bis 7 Uhr nachmittags, und außerdem während der ganzen Badezeit am Sonntag und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags. In den übrigen Badezeiten wird das Bad V zum Schwimmunterricht für Volksschüler und Schülerinnen und nach 7 Uhr abends und an Sonntagen nachmittags von 3 bis 5 Uhr vornehmlich wieder für die Besucher des städtischen Jugendheims benutzt werden. Das Schwimmbecken des Bades V kann werktäglich von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends mit Ausschluß einer Mittagspause von 11 bis 1 Uhr und an Sonntag und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags benutzt werden. Während des Schwimmunterrichts für Volksschüler können andere Schüler und Lehrlinge nur nach dem Ermessen des Schwimmlehrers zugelassen werden. Zutritt zum Schwimmbecken haben nur solche Besucher, die vom Leiter des städtischen Schwimmunterrichts oder vom Bademeister des Schwimmbeckens eine für das Jahr 1918 gültige Ausweiskarte erhalten. Während des Schwimmens der Volksschülerinnen außerhalb der Ferien an den Nachmittagen von 2 bis 4 Uhr ist der Zutritt für andere Personen verboten.

### Die Rügen des nationalen Frauendienstes im April.

Im April wurden in den Rügen des Nationalen Frauendienstes ausgegeben: 180.895 Suppen, 33.609 Mittelfrühstücke, 63.610 Vollkaffee, 37.933 Aindereisen und 71.815 Bräuen.

### Ein Rentenkauf.

Ein sich seit Mai 1916 hinziehender Prozess um Bewilligung der Invalidenrente hat jetzt vor dem Oberversicherungsamt den Abschluss gefunden. Die Antragstellerin, verw. Rosine Standke aus Jantoch (vertreten durch den Arbeitersekretär G. Peifer), hatte seiner Zeit wegen Verletzung der Herzklappe und Bruchanlage die Invalidenrente verlangt, wurde aber stets zurückgewiesen, da sie noch nicht invalide sei. In einer nochmaligen Berufung stützte sie sich auf die in zwei ärztlichen Gutachten enthaltenen Widersprüche. Während der eine Arzt sie noch für fähig hielt, alle leichteren Arbeiten zu verrichten, lautete das von der Heilanstalt für Unfallverletzte ausgestellte Gutachten dahin, daß Frau St. nur noch eine minderwertige Arbeitskraft sei, aber nicht erwerbsunfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung und sehr wohl noch die Mindestverdienstgrenze erreichen könne. Darin wurde ein Widerspruch erblüht, wenn Frau St. eine minderwertige Arbeitskraft sei, könne sie wohl kaum imstande sein, die Mindestverdienstgrenze zu erreichen. Auf ihre Berufung hin wurde sie nochmals untersucht und nun vom Arzt für invalide erklärt, da er nicht glaube, daß sie noch das vorgezeichnete Drittel ihres früheren Verdienstes erreichen könne. Daraufhin wurde ihr vom Oberversicherungsamt die Rente von dem Tage an zugesprochen, an welchem das für sie gültig lautende Urteil abgegeben worden war, also vom 30. September 1917 ab. Außerdem werden ihr Reisekosten und Auslagen für ärztliche Gutachten vergütet.

### Ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Lieberich.

Die Fortschrittliche Volkspartei in Lieberich soll, der „Vestf. St.“ zufolge, am Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Mai, in Liegnitz abgehalten werden.

### Neu gewirte und sonstige Gewerbe treibende, die Fleisch und Fleischwaren von auswärts beziehen, richtet sich eine Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer, die sich auf die Anmeldung des von auswärtig erhaltenen Fleisches bezieht.

### Von den Straßenlokomotiven, Walzen und Zugmaschinen (ohne Güterabraum) mit betriebsfertiger Eigengewicht bis zu 9 Tonnen dürfen nach einer Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos nicht mehr als drei mit unelastischer Bereifung versehene Anhänger bei 8 Kilometer Stundengeschwindigkeit mitgenommen werden.

### Neuer Automatenbierflask. Am Nachmittage des 6. Mai ist der Fernsprechartomat am Hauptbahnhof bestohlen worden. Die Koffier Vorrichtung wurde mit der Kassetten herausgehoben und entwendet.

### Parteiangelegenheiten.

Die Auflage des „Hamburger Echo“ liegt im Laufe des Jahres 1917 von 51 000 auf 56 000, in den ersten Monaten des Jahres 1918 auf nahezu 60 000, zumal es allmählich 6000 neue Abonnenten.

### Wenn Ihnen das Leben...

Wenn Ihnen das Leben... so...  
Optiker...  
Hauptstr. 3